

Wien, Dienstag, den 4. September 1923.

Die Vorauszahlungen für Gas und Strom. Der gestrige Tag brachte zwei Veröffentlichungen, die sich zufällig auf gleichartige Unternehmungen beziehen. Das Wiener Gaswerk konnte mitteilen, daß zwar die Zufuhren aus der Tschechoslovakei seit 14 Tagen vollständig aufgehört haben und auch durch irgend welche andere Kohlenbezüge nicht ersetzt werden können, daß aber trotzdem infolge der außerordentlich weitgehenden und vorsichtigen Vorratswirtschaft die Gefahr einer Stockung der Gasabgabe nicht zu befürchten sei. Aus Prag wurde gemeldet, daß die dortigen städtischen Betriebe, sowohl das Gaswerk, als auch die Strassenbahn binnen wenigen Tagen zur Einstellung ~~zur~~ gezwungen sein würden, weil ihre Kohlenvorräte rasch zu Ende gehen. Das heisst mit anderen Worten, daß die Wiener Gaswerke, gewitzig durch die Erfahrungen seit Kriegsende sich unausgesetzt für Zwischenfälle aller Art rüsten, weil wir eben keine Kohle im eigenen Lande haben und von tausend Zufälligkeiten abhängen. Mögen diese Zufälligkeiten nun große politische Ereignisse betreffen, wie seinerzeit die Vorgänge in Oberschlesien und nun die Ruhrbesetzungen, oder die vielfältigen wirtschaftlichen Kämpfe, wie Streiks von Eisenbahnern oder Bergleuten. Das Beispiel der Stadt Prag beweist, daß selbst so gewaltige Kohlenvorkommen, wie sie die Tschechoslovakei aufweist, noch keinen ausreichenden Schutz gegen sehr unangenehme Ueberraschungen bieten. Der beste Schutz dagegen ist eine starke Anhäufung von Kohlenvorräten. In demselben Zusammenhang sei daran erinnert, daß im vorigen Winter bei einer ähnlichen Gründen entstandenen Stockung der Kohlenzufuhr die Bundesverwaltung sogar genötigt war, den Universitätsbetrieb stark einzuschränken, während Gas- und Elektrizitätswerk sich zu keinerlei Sparmaßnahmen gezwungen sahen. Das kostet nun Geld! ^{Sämtliche Unternehmungen der Gemeinde Wien - Strassenbahnen, Gaswerke, Elektrizitätswerke, Lagerhaus, Brauhaus, Leichenbestattung} ^{verfügten} ~~Bei~~ Kriegsausbruch über ein Betriebskapital von zusammen 10½ Millionen Kronen, das aus seinerzeitigen Anleihen für diesen bestimmten Zweck gebildet worden war, zu welcher völliger Nullifizierung dieser Summen es gekommen ist, braucht wohl nicht eingehend bewiesen zu werden. Die in gleicher Lage befindliche Großindustrie hilft sich durch unausgesetzte Vermehrung des Aktienkapitals, durch Umformung in Aktiengesellschaften, wobei noch vielfach sehr kostspielige Kredite aufgenommen werden. Der Gemeinde stehen diese Wege nicht offen und sie will sie auch im Interesse der Bevölkerung nicht gehen. Eine Vermehrung des Betriebskapitals der städtischen Unternehmungen könnte nur durch die Aufnahme einer besonderen Anleihe, die lediglich diesem Zwecke dient, erfolgen. Jeder Kenner der Verhältnisse des Geldmarktes muß bestätigen, daß es gegenwärtig ungeachtet der vollsten Sicherheit, die von der Gemeinde zweifellos geboten werden kann, nicht möglich ist, etwa sechzig Milliarden Kronen zu erträglichen Bedingungen im Anleihewege anzubringen. Das ist eine Wirkung des überaus hohen Zinsfußes und eine Erscheinung, die selbstverständlich keineswegs auf Wien allein beschränkt ist. Ob nun die Geldbeschaffung durch Anleihen oder durch die Aufnahme von Krediten geschieht, immer kann naturgemäss die Folge nur die sein, daß die sich ergebenden Zinsen, ganz genau so wie Achlo und Löhne bei der Ermittlung der Selbstkosten zum Ausdruck kommen müssen und eine Erhöhung von Gas- und Elektrizitätspreis nach sich ziehen. Das ist völlig unvermeidbar und selbstverständlich. Wenn es also sogar gelingen sollte, diese Beträge auf irgendeine Art aufzubringen und die Vorauszahlungen zurückzuerstatten, so wäre das Vergnügen der Abnehmer nur ein ganz kurzes. Schon die nächste Monatsrechnung über den Gas- und Strom-

verbrauch müsste die Enttäuschung bringen, die eben in den durch die Zinsenlast gestiegenen Preisen bestehen würde. Im Gegensatz zu den früheren Zeiten verzichtet die gegenwärtige Gemeindeverwaltung darauf, die städtischen Monopolbetriebe als Steuerinstrumente zu benützen. Gas-, Elektrizitätswerke und Strassenbahnen sind aktiv und es würde also nur, genau so wie es die frühere Verwaltung gemacht hat, erforderlich sein, zu den Selbstkosten gewisse Zuschläge zu machen, um Reingewinne zu erzielen und diese in die Gemeindekasse zu überführen. Im letzten Friedensjahre haben die Monopole auf diese Weise achtzehn Milliarden Goldkronen an die Gemeinde abgeliefert, was heute rund zweihundertsiebzig Milliarden Papierkronen entsprechen würde. Tatsächlich fließt aber nicht ein einziger Heller aus den Monopolbetrieben der Gemeinde zu. Es kann also gewiss nicht der Vorwurf fiskalischer Gebarung gemacht werden. Richtig ist nur, daß die Tarife so gehalten werden, daß die Erneuerung der seit Kriegsausbruch vielfach rüchbar abgenützten oder durch zwischenzeitig erfolgte Fortschritte der Technik nicht mehr auf der Höhe befindlichen Werke ermöglicht wird. Diese Investitionstätigkeit ist aber im eminentesten Interesse der Abnehmer gelegen und müsste angesichts des früher geschilderten Versagens des Anleihemarktes sonst zum großen Teil unterbleiben. Aber auch in dieser Beziehung sind gewisse Schranken gezogen, um die Tarife nicht allzu hoch zu schrauben. Die Gemeinde hat daher aus ihren eigenen Geldern in den letzten zwei Jahren wiederholt Summen, die durch Anleihe aufgebracht werden sollten, den Unternehmungen bis zu einer Aenderung der bezüglichen Verhältnisse als Erhöhung der Geschäftseinlage vorzuschussweise zur Verfügung gestellt. Genau so wird es sich auch bezüglich jener 170 Milliarden Kronen verhalten, die für die Elektrifizierung der Stadtbahn benötigt werden. Die Strassenbahnen wären völlig außerstande, eine solche Summe selbst aufzubringen. Auch hier muß die Gemeinde unter völliger ^{Um-}kehrung des einstigen Zustandes, daß die Monopole eine finanzielle Erleichterung für die Hoheitsverwaltung darstellen, einspringen. Im Laufe der für dreissig Jahre berechneten Pachtdauer wird erst die Verzinsung und Amortisierung dieser 170 Milliarden vorsich gehen. Es wäre also angesichts dieser Tatsachen nur eine demagogische Maßnahme, die Rückzahlung der Vorauszahlungen früher vorzunehmen oder in Aussicht zu stellen, ehe es möglich ist, dieses Betriebskapital durch eine Anleihe, die zu wirklich günstigen Bedingungen aufgenommen werden kann, zu ersetzen oder bei den Unternehmungen durch allmähliche Rücklagen die notwendigen Betriebsmitteln anzusammeln. Der letzte Vorgang wird durch den Verzicht der Gemeinde, die Monopole für sich als Einnahmequellen auszunützen sehr erleichtert und ist in langsamer Entwicklung begriffen. In dem Maße nur, als sich diese Kapitalbildung allmählich vollzieht, kann daran geschritten werden, die seinerzeit geleisteten Vorauszahlungen zurückzuzahlen.

Subventionen der Gemeinde. Der Stadtsenat hat heute eine Reihe von Subventionen bewilligt. Es erhielten je 50 Millionen Kronen der Wiener Volksbildungsverein, der Verein Volksheim und die Wiener Urania. Dem Vereine „Bereitschaft“ wurden anlässlich seines zehnjährigen Bestandes 25 Millionen Kronen gewidmet. Der Österreichische Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen erhielt zur Förderung seiner vielfachen Arbeitsgebiete den Betrag von 50 Millionen Kronen. Den internationalen Hochschulkursen wurde eine Subvention von 20 Millionen und dem Verein zur Erziehung und Beschäftigung erwachsener Blinder in der Josefstadt eine Subvention von 10 Millionen Kronen bewilligt.

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y .

Wien, Dienstag, den 4. September 1923. Abendausgabe.

Die Erhöhung der Erhaltungsbeiträge. Bekanntlich würde auf Grund einer Verfügung des Bürgermeisters vom 1. September an der niedrigste Erhaltungsbeitrag mit 90.000 K festgesetzt. Wir haben bereits mitgeteilt, daß diese Erhöhung automatisch erfolgt und daher vom September an niedrigere Unterhaltsbeiträge überhaupt nicht ausbezahlt werden. Während bei den früher erfolgten Erhöhungen der Erhaltungsbeiträge vorher die Bedürftigkeit der Ansuchenden überprüft worden ist, wird bei der jetzt durchgeführten Erhöhung eine solche Überprüfung nicht durchgeführt. Es haben also alle Personen, die gegenwärtig einen niedrigeren Erhaltungsbeitrag als 90.000 K beziehen, sich weder bei einem Fürsorgerat, noch sonst wo zu melden, da ^{er} automatisch auf diesen Betrag erhöht wird.

Ausländische Gäste in der Kleingartenausstellung. Der Besuch der fünften Kleingarten-, Siedlungs- und Wohnbauausstellung war am Montag außerordentlich zufriedenstellend. Wie groß auch das Interesse des Auslandes an dieser Ausstellung ist, geht daraus hervor, daß viele Fachleute, besonders aus den Nachbarstaaten, die Einrichtungen der Kleingärtner, Siedler und des Wiener Wohnungsamtes, studieren. So besuchten gestern der Verbandsdirektor der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften Mährens und Schlesiens, Franz Hilmer und Direktor F. Langenecker von den Victoriabaumschulen in Schöllschitz, Mähren, die Ausstellung, die sich beide über die Leistungen und Einrichtungen der Kleingärtner und Siedlerorganisationen anerkennend aussprachen. Der Reichsverband der deutschen Kleingärtner, Gau Berlin, hat durch seinen Leiter Förster der Ausstellungsleitung ein herzliches Glückwunschtelegramm übermittelt.

Die Ausstellungsleitung richtet an alle Vereine, Körperschaften und die Bezirksvertretungen das Ersuchen, daß sie die unverkauften Eintrittskarten noch vor Samstag an die Kanzlei im Rathause abliefern.

Die geplante Verlängerung der Strassenbahnlinie 2. In der heutigen Sitzung des Stadtsenates wurde auch die Verlängerung der Linie 2, die im dritten Notstandsprogramm vorgesehen ist, besprochen. Diese Linie soll von der Schwarzspanierstrasse durch die Günther- und Hörlgasse bis zur Liechtensteinstrasse geführt und dadurch die direkte Verbindung über den Schottenring und Franz Josefskai geschaffen werden. Es wurde vor allem auf die Bedenken verwiesen, die von den Bewohnern dieses Stadtteiles vom Standpunkt einer Verunzierung des Freiheitsplatzes gegen die neue Linienführung erhoben worden sind. Vizebürgermeister Emmerling teilte mit, daß durch die von der Gemeinde geplante Elektrifizierung der Stadtbahn der Verkehr über den Franz Josefskai stark verdichtet werde, was auch der Zweck der Verlängerung der Strassenbahnlinie 2 war. Vorausgesetzt, daß es der Gemeinde möglich gemacht wird, die Stadtbahn rasch zu elektrifizieren, könnte daher von einem Ausbau der Linie 2 abgesehen werden.

Verkehr auf der Strecke Mauer-Mödling. Da nunmehr die Betriebsausweiche Brunnergasse - Felsenkeller auf der Strecke Mauer-Mödling der Strassenbahnen fertiggestellt ist, wird an verkehrsstarken Sonn- und Feiertagen auf dieser Strecke ein Zwölfminutenverkehr durchgeführt.

Unveränderte Gas- und Strompreise. Der Stadtsenat hat heute für den Ablesungsabschnitt vom 8. bis 14. ds. den Preis eines Kubikmeters Gas unverändert mit 2140 K bestimmt. Unverändert blieben auch die Preise für den Lichtstrom mit 500 und den Kraftstrom mit 300 K für eine Hektowattstunde.